



Ratsfraktion Gütersloh

Langertsweg 24, 33330 Gütersloh
Telefon: 05241-24155
Telefax: 05241-7433666
Homepage: <http://www.spd-guetersloh.de/> Mail: SPD.Ratsfraktion.Guetersloh@t-online.de

Jusos Gütersloh

Roonstr. 2, 33330 Gütersloh
Mail: Vorstand@jusos-gt.de
Twitter: twitter.com/jusosguetersloh
Facebook: www.facebook.de/jusosgt/
Instagram: www.instagram.com/jusosgt/



Herrn
Bürgermeister H. Schulz
Stadt Gütersloh
Berliner Str. 70
33330 Gütersloh
Per Mail

04.07.2019

Sehr geehrter Herr Schulz,

die SPD-Fraktion bittet in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates folgenden Antrag aufzunehmen:

Resolution: „Sicherer Hafen Gütersloh“

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gütersloh beschließt:

- 1. Die Stadt Gütersloh erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.**
- 2. Die Stadt Gütersloh erklärt sich dadurch bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Die Aufnahme bezieht sich insbesondere auf die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland NRW hergestellt.**
- 3. Die Stadt Gütersloh stellt die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung – für die Ankommenden zur Verfügung.**
- 4. Die Stadt Gütersloh spricht sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer aus und erklärt sich mit der zivilen Seenotrettung solidarisch.**
- 5. Die Stadt Gütersloh tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und bekennt sich zu den Zielen der „Potsdamer Erklärung“.**
- 6. Die Stadt Gütersloh beteiligt sich darüber hinaus an der Gründung eines Bündnisses aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.**

Begründung:

I. Anlass

Die europäische Geflüchtetenpolitik versagt. Täglich erreichen uns Nachrichten über Seenotrettungsoperationen, weil Geflüchtete seeuntüchtige Boote besteigen, um bitterster Not in ihrer Heimat zu entfliehen. Dabei spielen sich menschliche Tragödien ab, Boote kentern, Menschen ertrinken. Erreichen Boote dennoch die europäische Küste, werden sie abgewiesen oder müssen tagelang warten, bis sie an Land gehen dürfen. Zeitgleich sind die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht in der Lage, sich auf ein menschenwürdiges Handeln zu einigen. Die Seenotrettung im Mittelmeer wird zurzeit, unter schweren Bedingungen, beinahe ausschließlich durch private Rettungsmissionen gewährleistet.

In der medialen Debatte, aber auch in der Priorität einiger Regierungen scheint die Kriminalisierung der Rettenden höhere Priorität als die Rettung und Aufnahme der Geflüchteten zu haben.

Dieser Umgang mit Geflüchteten verletzt zutiefst ihre Würde und die Kriminalisierung der Seenotrettung führt am eigentlichen Kern des Problems vorbei. Wir sind aber immer in der Pflicht, Menschen aus einer konkreten Lebensgefahr zu retten und Europa ist dort gemeinsam in der Verantwortung.

Die „Initiative Seebrücke - schafft sichere Häfen“ setzt sich seit dem Sommer 2018 für eine Unterstützung der Seenotrettung und einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ein. Bei Demonstrationen und Kundgebungen in ganz Deutschland setzten viele Bürgerinnen und Bürger ein Zeichen gegen polarisierende Rhetorik einiger Politiker. Mehr als 60 Städte und Gemeinden in ganz Deutschland haben sich zudem seither als „Sichere Häfen“ erklärt und ihre konkrete Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter sowie ihre Solidarität mit den Seenotrettern erklärt.

In einer „Potsdamer Erklärung der Städte Sicherer Häfen“ haben die Städte gegenüber der Bundesregierung ihre Bereitschaft bekräftigt und die Genehmigung sowie die Unterstützung bei der Aufnahme eingefordert.

Auch die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Bielefeld haben an die Bundeskanzlerin appelliert, nicht tatenlos zuzusehen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken, während sich die europäischen Länder nicht über Aufnahmequoten und Zuweisungsverfahren einigen können.

Gütersloh ist eine vielfältige und offene Stadt, die zu den Grundfesten unseres Zusammenlebens steht. Dazu gehören Humanität, das Recht auf Asyl und auch das Gebot zur Hilfeleistung, wenn sich ein Mensch in Not befindet. Gütersloh will dazu einen aktiven Beitrag leisten und Menschen, die als Geflüchtete in Seenot geraten in unserer Stadt aufnehmen. Getragen wird diese Idee z. B. auch von den Mitgliedern des AK Asyl der Evangelischen Kirchengemeinde, die sich neben der Stadtverwaltung wie viele andere Menschen auch in Gütersloh in Vereinen, Verbänden und Organisationen - ehren- wie auch hauptamtlich - um Geflüchtete kümmern und sorgen.

II. Engagement für Geflüchtete und die aktuelle Situation in der Stadt Gütersloh

Nicht erst im Jahr 2015 hat Gütersloh bewiesen, dass die Herausforderung der Aufnahme Geflüchteter hier erfolgreich bewältigt wird. Im Bewusstsein, dass die Aufnahme, vor allem aber die Integration in unsere Stadtgesellschaft von allen Beteiligten entschlossenes Handeln und die angemessene Bereitstellung von Ressourcen erfordert, hat Gütersloh nicht nur immer seine Aufnahmequote erfüllt, sondern diese Aufgabe vergleichsweise geräuschlos vollzogen und auch die später hinzugekommene Aufnahme und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten hervorragend bewältigt. In Gütersloh besteht ein vorbildliches Netz, das von der Kommune, von Trägern der freien Wohlfahrt und vor allem von unzähligen hauptamtlich und ehrenamtlich engagierten Menschen getragen wird. Die Erfahrung aus den letzten Jahren zeigt, dass es für junge geflüchtete Menschen eine große Hilfsbereitschaft vieler Gütersloherinnen und Gütersloher gibt.

III. Weiteres Vorgehen

Nach einem positiven Ratsbeschluss wird der Bürgermeister der Bundesregierung die durch den Ratsbeschluss bekräftigte Bereitschaft der Stadt zur zusätzlichen Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten mitteilen und durch eine schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ die Vernetzung mit anderen Städten und Gemeinden forcieren.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Thomas Ostermann
(Fraktionsvorsitzender)